

# Die Jakobneuhartinger Runde

FORUM FÜR EINE KONSTRUKTIVE POLITISCHE MEINUNGSBILDUNG IM ZEITALTER DER GLOBALEN KRISE

16. Runde

21. Oktober 2007

## Soziale Sicherung

**Die Diskussion des bedingungslosen Grundeinkommens beim vorangehenden Treffen warf viele grundsätzliche Fragen zur Gerechtigkeit und Durchführbarkeit verschiedener Ansätze der sozialen Sicherung auf. Diesmal verglichen wir unsere eigenen Vorstellungen, was eine solidarische Gemeinschaftliche Sicherung leisten soll und wie sie diese Leistung erbringen kann.**

Alle Menschen sind als Kinder hilfsbedürftig, die meisten auch im Alter; fast jeder Mensch braucht im Laufe seines Lebens einmal Hilfe, weil er krank geworden oder von einem Unglück betroffen ist. *Hilfsbereitschaft* ist für fast alle Menschen ein hoher ethischer Wert, der die menschliche Gesellschaft auszeichnet – oder auszeichnen sollte.

Dass wir unsere Kinder nicht der Hilflosigkeit preisgeben, ist gewiss auch beim Menschen noch weitgehend instinktiv geregelt, auch wenn unsere angeborenen Verhaltensweisen zunehmend von moderneren Errungenschaften unserer seelischen und geistigen Verfassung überlagert werden. Die Lebensrisiken des Erwachsenen scheint ursprünglich aber jedes Individuum selbst tragen zu müssen. Die *empathische* Hilfsbereitschaft der Stärkeren zugunsten der Schwächeren war neben der *Kooperation* der Gleichstarken gewiss auch einer der „selektiven Vorteile“, der zur Erfolgsgeschichte der Menschheit beigetragen hat; wer auf einem Gebiet schwach ist, kann auf einem anderen stark sein. Die Stärke der Gemeinschaft beruht auf den Stärken der einzelnen Mitglieder, weshalb es andererseits nicht wünschenswert sein kann, dass die Individuen infolge übermäßiger gemeinschaftlicher Fürsorge zu wenig eigene Stärken entwickeln.

„Stärke“ bedeutet in unserer Gesellschaft als erstes „Markttauglichkeit“. Der Markt, der für die bestmögliche Verteilung der Vorräte sorgen soll, ist

von den evolutionären Prinzipien *Konkurrenz* und *Kooperation* bestimmt. Die Konkurrenz motiviert zu Leistungen; die Kooperation erhöht die Wettbewerbsfähigkeit und steigert wiederum die Leistungen. Optimistisch betrachtet kommt der so erzielte Fortschritt und Wohlstand allen Beteiligten zugute, denn jeder zeitweilige Verlierer kann im erneuten Wettbewerb wieder gewinnen, sofern die Chancen gleich verteilt bleiben.

### *Umverteilung im Teufelskreis*

Die Erfahrung widerlegt diesen Optimismus in mancher Hinsicht. *Chancengleichheit* ist schwer zu definieren und noch schwerer herzustellen, selbst vorstellen kann man ihn sich nur als eine *labile* Ausgewogenheit, die immer wieder nachjustiert werden muss, damit jeder es durch Leistung „zu etwas zu bringen“ kann. Fleiß allein reicht nämlich nicht, da die Gewinnchancen von vorne herein sehr stark mit dem Besitz an „verwertbarem“ *Eigentum* verknüpft sind. Dieses persönliche Eigentum ist aus historischen, zum Teil recht zweifelhaften Gründen sehr ungleich verteilt, gilt aber trotzdem weitgehend als „rechtmäßig erworben“ und wird bis heute *vererbt*; eine staatliche Umverteilung erscheint als unnatürlicher Eingriff und sozialistische Gleichmacherei, die zum Scheitern führt, wie uns die Geschichte angeblich gelehrt hat. Eine Umverteilung,

#### **Aus dem Lexikon** (*Wikipedia: Sozialstaat*)

Bereits in der Antike und im Mittelalter gab es vereinzelt Versuche von Seiten des Staates, die materielle Not seiner Bürger oder Untertanen zu lindern. Dahinter stand seit jeher der Gedanke, Unruhen und Aufstände zu verhindern und für politische Stabilität zu sorgen.

Auch die Ursprünge des modernen Sozialstaatsgedankens gehen auf solche Überlegungen zurück. Entwickelt hat er sich im 19. Jahrhundert als Folge der Industriellen Revolution und der Massenverelendung breiter Bevölkerungsschichten. Er basiert auf der Erkenntnis, dass Eigentum die Basis für die Ausübung von Rechten ist und dass Freiheit substanzlos bleibt, wenn ihre Ausübung nicht durch Eigentum gewährleistet ist. Durch staatliche Umverteilung sollten Arme und Schwache eine elementare Grundsicherung erhalten.

Soziales Handeln war aber immer zugleich Ordnungspolitik, die auf die Erhaltung des sozialen Friedens abzielte. So sollten die unter Reichskanzler Otto von Bismarck in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts in

Deutschland eingeführte Renten-, Kranken- und Unfallversicherung die wachsende Bevölkerungsschicht der Industriearbeiter von revolutionären Bestrebungen abhalten. Der Schwerbeschädigtenschutz wurde nach dem 1. Weltkrieg 1919, die Arbeitslosenversicherung zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1927 und die Pflegeversicherung 1995, durch einen prozentualen Anstieg der älteren Bevölkerungsgruppen, eingeführt. Seit dem 2. Weltkrieg wurden die sozialstaatlichen Leistungen in fast allen westeuropäischen Staaten über die reine Grundsicherung hinaus erweitert.

Angesichts wirtschaftlicher Probleme durch nachlassendes Wirtschaftswachstum, die Globalisierung, demografischer Entwicklungen, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit kam es in vielen Industrienationen zu Kritik an der Ausgestaltung des Sozialstaats und damit zu Reformbestrebungen seitens der Politik. Zum Teil wurden staatliche Leistungen, die über Steuern und Abgaben sowie Neuverschuldung des Staates nicht mehr finanziert werden konnten, gekürzt.

die wir als „sozial“ empfinden, muss sehr moderat vorgehen und darf die Besitzstände nicht zu radikal in Frage stellen. Durch die Formel *Eigentum verpflichtet* bleibt das Eigentum als solches in jeder beliebigen Größe unangetastet.

Doch der Wert des Besitzes besteht darin, dass er Gewinn er abwirft, und der Gewinn besteht in *mehr* Besitz. Ab einer gewissen Größe wirft Besitz viel mehr Gewinn ab als Leistung (man lässt „das Geld arbeiten“), es kommt zur positiven Rückkopplung: Das Eigentum sammelt sich in den Händen von immer weniger Besitzern, und immer mehr Menschen geraten in chancenlose Abhängigkeiten; Gewinne werden in beliebiger Größe privat gemacht, Verluste durch unerwünschte „Kollateralschäden“ wie Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung bleiben weitgehend der Allgemeinheit auferlegt. Der Sozialstaat muss sich, um seine Aufgaben erfüllen zu können, privat „arbeitendes“ Geld ausleihen und sich letztlich Stück für Stück aufkaufen lassen.

### *Eine gerechte Umverteilung*

kann nicht allein darin bestehen, die Schwachen zu stützen und die Gestrauchelten aufzufangen, indem man Almosen verteilt, wie es die Menschlichkeit gebietet. Sie muss eine wirksame negative Rückkopplung zum Teufelskreis der „Umverteilung von unten nach oben“ bieten und den Verlierern (bevor sie zu Desperados und Rebellen werden) immer wieder neue Chancen eröffnen, durch Leistung Gewinn zu erzielen. Der Sozialstaat müsste dafür sorgen, dass es gar nicht erstrebenswert ist, Besitz im Übermaß anzuhäufen: Die mit wachsendem Besitz verbundenen Pflichten gegenüber der Gemeinschaft müssten schneller zunehmen als die persönlichen Vorteile. Erst dann hat die Frage nach der sozialen Sicherung der Schwachen und Gestrauchelten Aussicht auf eine nachhaltig befriedigende Antwort.

Abgesehen von dieser Voraussetzung stellt sich die weitere Frage, an welche Bedingungen die soziale Sicherung des Einzelnen gebunden sein soll. Betrachten wir soziale Sicherheit als ein Grundrecht, das nur vom Vermögen der Gemeinschaft abhängt, dann wäre es konsequent, jedem Mitglied ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ auszuzahlen – darüber haben wir in der letzten Runde diskutiert, und der Nutzen eines solchen BGE wurde ebenso wie seine Realisierbarkeit stark angezweifelt.

Die vorherrschende Meinung bleibt: Eine Hilfe der Solidargemeinschaft soll nur in Anspruch nehmen, wer sie *wirklich* braucht, und wer sie *wirklich* braucht, wird nach festgelegten, überprüfbaren Kriterien entschieden. Die Kriterien sind nicht immer unumstritten. Ist ein Arbeitsloser anspruchsberechtigt, auch wenn er ein Haus besitzt? Oder muss er seinen Besitz zuerst verkauft und verzehrt haben?

Eine andere Möglichkeit bietet das Modell der „Negativen Einkommensteuer“. Diese wird so berechnet, dass hohe Einkommen durch Abgaben belastet werden, geringe Einkommen aber durch

Transferzahlungen ausgeglichen werden, z.B. nach folgender Formel:  $\text{Steuerschuld} = 1/3 \text{ des Jahreseinkommens minus } 5000 \text{ €}$ . Bei einem Einkommen von 90.000 € wären 25.000 € Steuern zu entrichten, bei einem Einkommen von 15.000 € läge die Steuerschuld bei 0 € und bei einem Einkommen von 6.000 € bekäme der Haushalt Transferzahlungen in Höhe von 3000 € vom Staat. Wer kein Einkommen hat, dem bleiben 5000 € als „bedingungsloses Jahreseinkommen“. Auf diese Weise wird wie beim BGE ein Großteil der Transaktionskosten vermieden, da die Bedürftigkeitsprüfung entfällt. Unklar bleibt die Verteilungswirkung, wenn der Niedriglohnsektor somit auf Kosten der Solidargemeinschaft „unterhalten“ wird und dafür vor allem die Lohn- und Einkommensteuerzahler aufkommen müssen.

Ein Spontan-Gesetzesvorschlag aus der Runde, der sogleich begeisterte Zustimmung fand: Das höchste Einkommen darf bei gleicher Arbeitszeit maximal das Zehnfache des niedrigsten betragen!

Nicht jede bedrohte Existenz kann allein durch Geld sinnvoll unterstützt werden. Über Geld zu verfügen ist für die meisten Menschen zwar eine notwendige, nicht für alle aber eine hinreichende Bedingung für eine würdige Teilhabe an der Gesellschaft; vorausgesetzt ist auch jene Fähigkeit, über die mancher Mitbürger (man frotzelt über eine erschreckend hohe Dunkelziffer) offensichtlich nicht verfügt, nämlich: das Geld auch einigermaßen sinnvoll zu verwenden. Nicht-monetäre Angebote der Förderung und Teilhabe sind daher ein unverzichtbarer Teil der sozialen Sicherung.

*P.S. In den Diskussionen über Gemeinschaft und Solidarität wird besonders gerne das Schmähwort „Gutmensch“ verwendet. Gut situierte Menschen, die sich selbst als Realisten und Pragmatiker einstufen, bezeichnen damit andere Menschen, die eine Vision von Gerechtigkeit entwickeln (Martin Luther King: „Ich habe einen Traum“) und nach Verbündeten suchen, um diese - selbstverständlich realitätsferne - Vision der Realität irgendwie näher zu bringen. Aber was verbirgt sich eigentlich hinter dem Zynismus „Gutmensch“? Ist es die Abneigung gegen hehres, aber hohles Gerede von einer besseren Welt? Oder ist es die Abneigung gegen nervige „politische Korrektheit“ (die jetzt angeblich wie ein Gespenst um die Welt geht, wie einst der Kommunismus)? Ist es dieser bequeme Realismus, der die Realität als etwas äußeres und ziemlich kompaktes und von einem selbst unabhängiges ansieht, in dem wir drinstecken und nach dem wir uns richten müssen, weil die Welt und die Menschen eben so sind und so bleiben, wie sie sind? Ein „Gutmensch“ ist dann wohl einer, der seinen Träumen und Ideen eine reale Gestaltungskraft zutraut, wenn er sie nur mit Ernst, Verantwortungsbewusstsein und Begeisterung verfolgt - oder sogar mit Zorn! Zorn ist das Ende des Gejammers, ist geballte Energie, die darauf wartet, in konstruktive Bahnen gelenkt zu werden. E.W.*

## **Die Jakobneuhartinger Runde**

*ist ein kleines, örtliches aber offenes Forum, in dem ein besonnener und konstruktiver Diskurs über die Zukunftsfähigkeit der menschlichen Gesellschaft gepflegt werden soll mit dem Ziel, unser Denken einem zuversichtlichen und zukunftsweisenden Handeln dienstbar zu machen. Dazu lädt ein: Ernst Weber, Frauenneuharting, Tel.: (08092) 863145, eMail: ernst.weeber@t-online.de; Internet: www.langelieder.de/jakob.html*